

Wieder andere hoffen auf ein Neuaufbrechen von Sinnfragen und religiösen Sehnsüchten auf breiterer Front, das der Kirche mit ihrer Botschaft wieder mehr Resonanz verschaffen könnte. Die Suche nach neuen Ansätzen auf den verschiedenen Gebieten kirchlichen Handelns mischt sich mit Resignation; sehr viel Unsicherheit ist im Spiel.

Die Kirchen können voneinander lernen

Die Veröffentlichung der Studie der EKD-Planungsgruppe könnte ein Anstoß für Verantwortliche und Interessierte in den beiden Kirchen sein, die jeweiligen Erfahrungen, Ansätze und Optionen für eine neue Einwurzelung des christlichen Glaubens in der modernen

Lebenswelt und für den Aufbau lebendiger und missionarisch ausstrahlungskräftiger Gemeinden stärker als bisher auszutauschen und dabei auch voneinander zu lernen. So ist zum Beispiel das Einbeziehen von Gemeindegliedern in die Katechese in der katholischen Kirche wesentlich weiter gediehen als in der evangelischen (die Studie erwähnt einzelne Versuche mit Taufelternarbeit und der Einbeziehung von Eltern in den Konfirmandenunterricht). Dafür könnten u.U. die evangelischen Erfahrungen mit auf die Funktion großstädtischer „City-Kirchen“ zugeschnittenen kirchlichen Angeboten auf katholischer Seite hilfreich sein. Auf jeden Fall eröffnet sich hier ein weites und für die Zukunft des Christentums entscheidendes *Feld ökumenischer Zusammenarbeit und Lernbereitschaft*, das man nicht brachliegen lassen sollte.

Ulrich Rub

Apartheid in Agonie

Südafrikas Rassensystem zwingt zu Entscheidungen

Über Südafrika gehen gegenwärtig fast täglich Meldungen durch die Presse. Das Apartheidsystem scheint in den letzten Zügen zu liegen. Zugleich verhärten sich die Positionen der Träger des Regimes. Die christlichen Kirchen leisten zunehmend Widerstand. Die übrige Staatenwelt, vor allem die westlichen Länder werden sich dennoch nur schwer darüber schlüssig, was zu tun sei. Hilfreicher als ein mehr oder weniger lückenhafter Überblick über Tagesereignisse erscheint uns deshalb eine, wenn auch notwendig bruchstückhafte Gesamtdarstellung des Problems Südafrika. Gerald Braum und Heribert Weiland, beide wissenschaftliche Mitarbeiter am Arnold-Bergsträsser-Institut in Freiburg, beschreiben den gegenwärtigen Stand der Entwicklung, benennen Positionen und verdeutlichen, was auf dem Spiel steht.

Die Republik Südafrika wird gegenwärtig von den schwersten Unruhen ihrer Geschichte erschüttert. Ein Ende ist bislang nicht abzusehen. In immer neuen Wellen eskalieren Gewalt und Gegengewalt – zuletzt kurz vor dem 10. Jahrestag der *Soweto-Aufstände* (16. Juni 1976). Erneut wurden der Ausnahmezustand verhängt, die Presse- und Versammlungsfreiheit weiter eingeschränkt und mehrere hundert prominente Persönlichkeiten – fast ausschließlich Schwarze – „vorsorglich“ inhaftiert, ohne daß sie sich eines strafbaren Deliktes schuldig gemacht hätten. Zugleich drohen die Auseinandersetzungen unter den Schwarzen selbst – etwa zwischen traditionsorientierten ‚Fathers‘ und radikalen Jugendlichen (comrades) – dramatische Ausmaße anzunehmen, allerdings nicht ganz ohne Zutun des weißen Sicherheitsapparates.

Die *christlichen Kirchen* werden ebenfalls stärker in den Konflikt hineingezogen: Gottesdienste und Beerdigungen geraten immer mehr zu *politischen Demonstrationen*

der schwarzen Bevölkerung gegen die verhaßte Obrigkeit. Zugleich verlieren Altar und Priestergewand ihre bisherige Schutzfunktion. Die Polizei macht bei ihren Razzien vor Gotteshäusern nicht mehr halt und sieht in den Kirchenführern inzwischen Schlüsselfiguren des Widerstands. Vor kurzem wurden drei katholische Ordensleute festgenommen. Der stellvertretende Vorsitzende des südafrikanischen Kirchenrates, Carl Kistner, wurde durch Verhaftung an einer Reise nach Deutschland gehindert, wo er mit hochrangigen Politikern, Gewerkschaftlern und Kirchenleuten sprechen sollte. Der Generalsekretär der südafrikanischen katholischen Bischofskonferenz, *Sinengaliso Mkhatsbwa*, ist ein weiteres Mal ohne Gerichtsurteil in Sicherheitshaft genommen worden. Entgegen manchen Darstellungen ist diese Entwicklung weder vorübergehend noch zufällig: Die Kap-Republik befindet sich auf dem Weg von einer weißen „Herrenvolkdemokratie“ (Heribert Adam) zu einem autoritären Polizeistaat – ähnlich wie zahlreiche andere Regime der Dritten Welt.

1. Apartheidpolitik in der Sackgasse

Rassendiskriminierung, Menschenrechtsverletzungen und politische Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen gibt es überall auf der Welt. Die Republik Südafrika ist jedoch der einzige Staat, in dem Rassentrennung nicht nur praktiziert wird, sondern sogar gesetzlich fixiert ist: Es handelt sich gleichsam um ein *System des legalisierten Rassismus*. Der schwarzen Bevölkerungsmehrheit wird bis heute die politische, wirtschaftliche und sozio-kulturelle Gleichstellung verwehrt. Die diskriminierende Praxis der Apartheid zieht sich

durch das ganze südafrikanische Leben. Die Schwarzen müssen in besonders markierten Gebieten wohnen, d. h. in reservatähnlichen „Homelands“ oder in städtischen Ghettos. Gesetze und Verordnungen regeln ihre Bewegungsfreiheit und ihre Arbeitsmöglichkeiten. Ohne Rücksicht auf ethnisch-familiäre Bindungen oder auf bestehende Beschäftigungsverhältnisse werden Schwarze immer wieder zwangsweise umgesiedelt. Krankenhäuser und Schulen sind weiterhin strikt nach Rassen getrennt.

Die *Kosten der Apartheid* sind jedoch hoch – und sie wachsen ständig. In einer modernen Industriegesellschaft, in der die Schwarzen nicht mehr ausschließlich als billige Arbeitskräfte gebraucht werden, sondern als spezialisierte Fachkräfte und zugleich als zahlungsfähige Konsumenten, ist Apartheid selbst *ökonomisch fragwürdig* und unrentabel geworden. Konsequenterweise ist von Wirtschaftskreisen der Abbau von Beschränkungen auf dem Arbeitsmarkt (Tariffreiheit, Zulassung von Gewerkschaften etc.) schon seit längerer Zeit gefordert und zum Teil auch verwirklicht worden.

Liberalisierungen lassen sich jedoch schwerlich auf bestimmte Sektoren begrenzen. Die Forderung schwarzer Bürgerrechtsgruppen nach Gleichberechtigung und Mitbestimmung bezieht sich auf alle Lebensbereiche. Das herrschende weiße Minderheitsregime sieht sich durch massive Demonstrationen, Protestmärsche, Streiks, Boykottmaßnahmen und Guerillaanschläge immer stärker unter Druck gesetzt. Trotz großer Aufwendungen und Anstrengungen zur Aufrechterhaltung der „Inneren Sicherheit“ scheinen Polizei und Militär nicht mehr vollends Herr der Lage zu werden. Bei Teilen der weißen Minderheit werden *zunehmend Zweifel an der Richtigkeit der bisherigen Politik* geäußert. Die große Unterstützung, deren sich die Regierung bislang von seiten der burischen Wählerschaft sicher war, bröckelt ab. Zukunftsangst, Reformwillen, aber auch trotzige Kampfbereitschaft sind weit verbreitet.

Die südafrikanische Regierung hat in dieser Situation zu einer Politik von „Zuckerbrot und Peitsche“ gegriffen, die einerseits Zugeständnisse macht, andererseits den eigentlichen Kern der Apartheid nicht antastet, sondern mit eiserner Faust verteidigt. So ist die *kleine Apartheid*, die Rassentrennung im Alltag (in Hotels, Betrieben, Verkehrsmitteln etc.), teilweise abgeschafft worden; das Verbot der Mischehen von Angehörigen verschiedener Rassen wurde aufgehoben. Durch eine Verfassungsreform wurde den Mischlingen und Indern eine eigene parlamentarische Repräsentation und Mitbestimmung in der Regierung als Juniorpartner eingeräumt.

Diese Reformen haben die Eckpfeiler der Apartheid jedoch nicht erschüttert: Die Klassifizierung nach äußeren Rassemerkmalen, die Trennung der Wohngebiete, die Homeland-Politik und die Verweigerung politischer Mitbestimmungsrechte sind uneingeschränkt aufrechterhalten worden und werden tagtäglich durch Polizeieinsatz, Massenverhaftungen, Bann und Folter verteidigt.

Der Machtkern um Präsident *Pieter W. Botha* und seinen Staatssicherheitsrat blieb unangetastet. Die rechtsstaatlichen Elemente in Verfassung und Rechtsprechung, auf die die Republik Südafrika unter Verweis auf die schwarzafrikanischen Ein-Parteien-Staaten immer sehr stolz war, werden Schritt für Schritt abgebaut. Mehr noch: Durch die neuen Sicherheitsgesetze und den Ausnahmezustand werden der Willkür und Bestechlichkeit lokaler Polizeibeamter Tür und Tor geöffnet, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Kontrolle dagegen immer weiter zurückgedrängt. Alles deutet darauf hin, daß mit der Eskalation von Gewalt und Gegengewalt bald alle Hoffnungen auf einen friedlichen Wandel in Südafrika begraben werden müssen. Wer das Südafrika von morgen studieren will, sollte sich den Libanon von heute ansehen.

2. Südafrika als internationaler Krisenherd

Die südafrikanische Regierung ist nicht bereit, über die eigentlichen Konfliktursachen zu sprechen, und bagatelisiert die gegenwärtigen Unruhen als außengesteuertes Werk kommunistischer Drahtzieher. Sie glaubt, den Konflikt durch Abschottung von der Außenwelt eindämmen zu können. Die Wortführer der schwarzen Mehrheit sind überzeugt, daß eine wirksame Veränderung der Verhältnisse in Südafrika nur durch massiven Druck von außen erfolgen wird und bislang auch erfolgt ist.

In der Tat wirkt der Rassenkonflikt weit über die Grenzen des Landes hinaus, denn trotz der isolierten Lage am Kap ist Südafrika in vielfältiger Weise mit der Staatenwelt, insbesondere dem Westen, verbunden. Insofern kann es diesem und vor allem aus wirtschaftlichen, strategischen und – nicht zuletzt – moralisch-ideologischen Gründen nicht gleichgültig sein, was in Südafrika geschieht und welches politische System dort besteht:

a) Südafrika verfügt über *reiche mineralische Rohstoffvorräte*, die von den Industrien des Westens dringend benötigt und als ‚sensibel‘ betrachtet werden. Bei Metallen wie Chrom, Mangan, Vanadium, Platin oder Gold verfügt die Kap-Republik neben der Sowjetunion geradezu über ein quasi-Monopol. Sollten durch Streiks, Bürgerkriege oder internationale Konflikte Lieferschwierigkeiten auftreten, so sind in den westlichen Abnehmerländern kurzfristige Produktionsausfälle oder erhebliche Preissteigerungen nicht auszuschließen. Ob es – wie von einigen vermutet – beim Ausfall südafrikanischer Rohstofflieferungen tatsächlich zu erheblichen Produktionsengpässen in den westlichen Volkswirtschaften kommen wird, hängt von der Flexibilität des Marktes ab. Allerdings sind zumindest höhere Kosten einzukalkulieren.

b) Rohstoffreichtum und binnenwirtschaftliche Industrialisierung haben Südafrika zu einem *wichtigen Handelspartner* der westlichen Welt und zu einem bevorzugten Investitionsplatz für multinationale Konzerne wer-

den lassen. Die Summe aller Auslandsinvestitionen liegt bei knapp 50 Mrd. Rand. Ca. 2000 ausländische Konzerne haben in Südafrika investiert. Betrachtet man allein den deutschen Afrikahandel, so steht Südafrika sowohl im Export wie im Import an erster Stelle.

Allerdings haben Rohstoffexport und Handelsbeziehungen zugleich zu einer starken Abhängigkeit der Republik Südafrika vom Weltmarkt geführt: Südafrika weist gegenüber seinen wichtigsten Wirtschaftspartnern ein chronisches Handelsbilanzdefizit auf (im Durchschnitt 3–5 Mrd. Rand pro Jahr), das nur über Goldverkäufe und durch Auslandsverschuldung gedeckt werden kann. Darüber hinaus läßt die Außenhandelsstruktur ein klassisches Nord-Süd-Muster erkennen: Rohstoffe und tropische Agrarprodukte Südafrikas werden gegen Industriewaren, vor allem Elektronik, Chemieprodukte und Maschinenbauerzeugnisse, getauscht. Mit anderen Worten: Südafrika ist ein sogenanntes Schwellenland, an dessen Prosperität die Industriestaaten sehr interessiert sind, das aber auch von diesen wirtschaftlich und technologisch abhängig ist.

c) Südafrika ist auch in *geopolitischer und militärstrategischer Hinsicht* von Bedeutung. Im Zeichen des Ost-West-Konflikts spielt die Kontrolle über den Südzipfel des Kontinents und über die Wasserstraße um das Kap eine erhebliche Rolle. Mehr als 25 000 Schiffe – ein Viertel davon Öltanker – umfahren jährlich das Kap – etwa die Hälfte ankert in südafrikanischen Häfen. Etwa zwei Drittel der westlichen Ölimporte werden über die Kap-Route transportiert, so daß die ungestörte Aufrechterhaltung dieser Transportwege besonders wichtig erscheint. Die militärstrategische Rolle des Kaps ist im Zeitalter der Langstreckenraketen und der Weltraumwaffen sicherlich nicht mehr so hoch einzuschätzen wie früher. Dennoch besitzt Südafrika aufgrund seiner exponierten Lage einen großen geopolitischen Stellenwert in der globalen Ost-West-Auseinandersetzung. Entsprechend bemüht sich die Sowjetunion, durch Unterstützung von Teilen des schwarzen Widerstands und durch Anerkennung exilierter Befreiungsbewegungen einen verstärkten Einfluß auf das Geschehen im südlichen Afrika zu erhalten. Dabei ist der bisherige Einsatz relativ gering gewesen, da Moskau einen Nutzen aus der fortdauernden Krise in Südafrika ziehen kann und die Zeit für sich arbeiten läßt. Das dahinterstehende Kalkül lautet etwa folgendermaßen: Je länger der gegenwärtige Konflikt andauert, ohne daß sich die westlichen Staaten eindeutig gegen das Apartheidsregime stellen, desto stärker werden die schwarzen Südafrikaner auf die Dauer ins entgegengesetzte ideologische Lager getrieben. Anders ausgedrückt: Aus sowjetischer Perspektive besteht ein Interesse an der schwelenden Fortdauer des Rassenkonfliktes in Südafrika.

d) Schließlich existieren *moralisch-ideologische Wertsetzungen*, auf die sich der Westen wie Südafrika – zu Recht oder Unrecht – berufen. Denn Südafrika, ehemals britische Kolonie, europäisches Auswanderungsland und Gründungsmitglied der Vereinten Nationen, hat sich im-

mer als Teil des freien, demokratischen Westens verstanden, auch wenn die Privilegien der Freiheit und der demokratischen Mitbestimmung nur für eine kleine herrschende Minderheit reserviert sind. Entsprechend werden südafrikanische Regierungspolitiker nicht müde, die Kap-Republik als einen Vorposten des Antikommunismus und der abendländischen Zivilisation darzustellen. Angesichts der realen Rassendiskriminierung und der Menschenrechtsverletzungen des Apartheidsregimes hat diese demonstrative Zuordnung des ungeliebten Verbündeten Südafrika den Westen in eine unerwünschte Koalition gedrängt und eine Legitimitätskrise produziert: Wenn es den westlichen Staaten nicht gelingt, sich in Kürze mit Nachdruck von dem südafrikanischen Gesellschaftssystem und der Apartheidspraxis zu distanzieren, laufen sie Gefahr, ihre politische und moralische Glaubwürdigkeit gegenüber den Schwarzen in Südafrika, gegenüber der Dritten Welt und auch gegenüber den Ländern des Ostblocks zu verlieren.

3. Zunehmender Druck von außen

Auf Grund dieser Situation befindet sich die westliche Südafrikapolitik in einer Sackgasse. Einerseits gibt es handfeste rohstoffpolitische, wirtschaftliche und strategische Interessen, die eine Fortsetzung der engen Beziehungen mit Südafrika geraten erscheinen lassen. Andererseits wird immer deutlicher, daß die doppelbödige Politik einer verbalen Verurteilung und einer tatsächlichen Duldung der Apartheid nicht mehr ohne Schaden fortgeführt werden kann. Die ökonomischen und geopolitischen Interessen des Westens können langfristig nur gewahrt werden, wenn es in Südafrika zu einer möglichst baldigen Abschaffung der Apartheid und zu einer möglichst gewaltlosen Veränderung kommt.

Politischer Druck in Form von verurteilenden Resolutionen oder diplomatischen Protesten hat sich bislang jedoch als aussichtslos erwiesen. Eine militärische Intervention ist angesichts der internationalen Interdependenz und ihrer unvorhersehbaren Konsequenzen praktisch ausgeschlossen. Es bleibt somit nur wirtschaftlicher Druck als letztes gewaltfreies Mittel, um die südafrikanische Regierung zu einer Änderung ihrer Politik zu bewegen.

Entsprechend ist in den letzten Monaten besonders intensiv über Wirtschaftssanktionen des Westens gegen Südafrika – gemeint sind vor allem Handelsboykotte und Kreditrestriktionen – diskutiert und verhandelt worden. Trotz wiederholter Abstimmungsprozesse zwischen den großen Industrienationen und innerhalb der EG ist es bisher nicht zu einer einheitlichen Politik gekommen, da die Meinungen über Sinn, Zweck und Erfolgswahrscheinlichkeit von wirtschaftlichen Sanktionsmaßnahmen höchst umstritten sind. Dabei werden etwa die folgenden Positionen vertreten:

- (a) *Befürwortung umfassender Wirtschaftssanktionen*
– Umfassende und verbindliche Wirtschaftssanktionen

können die südafrikanische Regierung so unter Druck setzen, daß sie das Apartheidsystem aufgeben müsse. Denn es waren vor allem wirtschaftliche und technisch-militärische Beziehungen zum Westen, die der weißen Minderheitsregierung den Auf- und Ausbau des Apartheidssystems ermöglicht haben.

– Von internationalen Wirtschaftsbeziehungen profitieren vornehmlich die Weißen und die schwarze Mittelklasse. Die Masse der schwarzen Arbeitnehmer ist eher ärmer geworden. Rascher, umfassender wirtschaftlicher Druck des Auslands auf Südafrika ist die letzte Chance, einen relativ gewaltfreien Wandel herbeizuführen. Ein schneller Zusammenbruch des Regimes ist besser als ein langandauernder verlustreicher Bürgerkrieg.

– Es ist unbestritten, daß die Schwarzen von Wirtschaftssanktionen stärker betroffen werden als die Weißen. Die Mehrheit der schwarzen Führer (Ausnahme: homeland leaders) haben sich dennoch für Sanktionen zur umgehenden Beendigung der Apartheid ausgesprochen. Laut Umfragen befürworten 75% der städtischen Schwarzen Südafrikas einen Wirtschaftsboykott.

(b) *Ablehnung jeglicher Wirtschaftssanktionen*

– Wirtschaftssanktionen widersprechen den Prinzipien des freien Marktes. Sie unterbinden den nationalen Handel und behindern das Wirtschaftswachstum. Insofern stehen sie auch der Überwindung von Apartheid entgegen, weil Schwarze als Produzenten (Facharbeiter) und Konsumenten (hohe Löhne) immer stärker in die moderne Wirtschaft integriert und gleichgestellt werden.

– Wirtschaftssanktionen sind wenig effektiv, da a) Südafrika in wichtigen Wirtschaftssektoren und Branchen inzwischen weitgehend autark ist; b) Boykottmaßnahmen immer wieder unterlaufen werden, weil andere Staaten oder Firmen in die entstandenen Lücken einspringen.

– Die Republik Südafrika ist mit ihren gewaltigen Rohstoffreserven für die westlichen Industrienationen von besonderer Bedeutung. Gegensektionen Südafrikas würden die westlichen Industriestaaten schwer treffen.

– Die Schwarzen in der Republik Südafrika und in den schwarzafrikanischen Nachbarstaaten (Wanderarbeiter) hätten unter Sanktionen am stärksten zu leiden.

– Handelsboykotte und Kreditrestriktionen (Desinvestment) bedeuten zugleich einen freiwilligen Verzicht auf direkte politische Einwirkung. Denn durch die aktive Präsenz ausländischer Firmen kann Apartheid in Teilbereichen bereits abgebaut werden – so z. B. durch beispielhaftes Verhalten im Sinne der nichtdiskriminierenden Prinzipien des EG-Verhaltenskodex.

(c) *Gezielte und temporäre Wirtschaftssanktionen als pragmatischer Kompromiß*

– Gezielte, temporäre Maßnahmen sollen die südafrikanische Wirtschaft nicht ruinieren und die Regierung nicht zur Kapitulation zwingen, sondern sie schrittweise in Richtung auf die Abschaffung der Apartheid drängen.

– Bei gezielten Sanktionen soll differenziert werden zwischen solchen, die den Ausbau des weißen Macht- und

Unterdrückungsapparates verhindern (Rüstung, Sicherheitssysteme, Hochtechnologie, Kommunikationssysteme), und solchen, die der schwarzen Bevölkerung zugute kommen (Grundnahrungsmittel, Baustoffe). Der Schaden für die südafrikanische Bevölkerung, insbesondere die Schwarzen, soll begrenzt werden.

– Gezielte selektive Wirtschaftsmaßnahmen sind als eine „ultima ratio“ gewaltfreien Einwirkens auf die südafrikanische Regierung zu verstehen. Ein totaler Wirtschaftsboykott würde ebenso wie ein Fortbestand des Unrechtssystems in Südafrika gewaltsame Auseinandersetzungen ungeahnten Ausmaßes zwischen Schwarz und Weiß wahrscheinlich machen.

– Auf lange Sicht ist die uneingeschränkte Aufrechterhaltung der Wirtschaftsbeziehungen des Westens mit der weißen Minderheitsregierung politisch unklug und wirtschaftlich nicht rentabel, weil der Westen an Glaubwürdigkeit verliert und die Zeit eher für den ideologischen und gesellschaftspolitischen Gegner (Ostblock) arbeitet.

Befürworter von umfassenden und verbindlichen Wirtschaftssanktionen sind vor allem die schwarzen südafrikanischen Nationalisten der am Kap verbotenen militanten Widerstandsbewegungen (ANC, PAC), die internationalen Anti-Apartheid-Bewegungen, die schwarzafrikanischen Staaten und der Ostblock. Vollends abgelehnt werden Sanktionen als nicht marktconforme Mittel von südafrikanischen wie auch internationalen Wirtschaftskreisen und aus politischen Gründen von der südafrikanischen Regierung, der Opposition und den Homeland-Regierungen.

Interessant ist die Meinungsverschiebung, die sich gerade bei den westlichen Staaten innerhalb der letzten Monate hinsichtlich der dritten Position (gezielte Sanktionen) ergeben hat: Für viele Regierungsparteien, Interessenverbände und Vertreter der öffentlichen Meinung, die Sanktionen bis vor kurzem noch für ein interventionistisches Tabu hielten, hat sich eine geradezu spektakuläre Verschiebung in Richtung auf selektive Boykottmaßnahmen ergeben. Besonders in den USA haben die Anti-Apartheid-Bewegung, die schwarzen Bürgerrechtsorganisationen und – nicht zuletzt – die Kirchen zu einer starken Beeinflussung der öffentlichen Meinung und der auf Wählerstimmen bedachten Politiker beigetragen. Die republikanische Regierung sah sich auf Druck der Basis gleichsam gezwungen, ihre Politik des ‚constructive engagement‘ aufzugeben und auf ‚Sanktionskurs‘ zu gehen. Ähnliches geschieht gegenwärtig auch in Europa. Internationale Bündnisverpflichtungen (das Verhältnis zu Schwarzafrika, die Meinung im Commonwealth etc.) und der Druck engagierter Interessengruppen haben bewirkt, daß immer mehr Länder selektive Maßnahmen befürworten. Auch die beiden härtesten Sanktionsgegner, die Regierungen Englands und der Bundesrepublik, die auch die größten Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika unterhalten, werden wahrscheinlich aus politischen Erwägungen, wenn auch nicht aus ideologischer Überzeugung, Boykottmaßnahmen beschließen.

4. Die Haltung der christlichen Kirchen

Eine der wichtigsten moralischen Instanzen und Meinungsführer im Kampf gegen die Apartheid sind die christlichen Kirchen. Gerade die Kirchen in Südafrika – sieht man von der gleichsam als Staatskirche fungierenden Niederdeutsche Gereformerde Kerk (NGK) ab – haben sich deutlich für Aktionsprogramme, u. a. für wirtschaftliche Sanktionen, gegen die südafrikanische Regierung eingesetzt.

Die *Protestanten* und *Anglikaner* Südafrikas, gestützt durch den Ökumenischen Rat der Kirchen, sind bislang am weitesten gegangen. Im vergangenen Jahr haben sie in Harare/Simbabwe zu „sofortigen und umfassenden Sanktionen gegen Südafrika“ aufgerufen. Diese Forderung wurde jedoch nicht von allen Gläubigen und Teilkirchen geteilt. Dem pointierten Aufruf in der *Harare-Erklärung* zum „politischen Handeln aus geistlicher Verpflichtung“ wurden Erklärungen gegenübergestellt, um die Kirche nicht „zur Hilfstruppe der Revolution in Südafrika“ werden zu lassen. Dementsprechend entschied sich der Rat der EKD im Dezember 1985 nicht für umfassende, jedoch für gezielte, kalkulierte Sanktionen“, die in Südafrika Gerechtigkeit und Frieden bei geringstmöglicher Gewaltanwendung herbeirufen sollen.

Die *katholische Kirche* – normalerweise vorsichtiger mit politischen Handlungsanweisungen als ihre protestantischen Schwesterkirchen – hat besonders in Südafrika selbst sehr deutlich Stellung bezogen. In einem Hirtenbrief vom 2. Mai 1986 erkennen die katholischen Bischöfe „wirtschaftlichen Druck als ein moralisch gerecht-

fertigtes Mittel“ an, um das Apartheidsystem, das „so lange so viel Elend und Leid den Menschen unseres Landes gebracht hat“, zu beseitigen. Die katholischen Bischöfe, die sich – wie sie betonen – ihre Entscheidung nicht leicht gemacht haben, sprechen sich für „gezielten, kalkulierten wirtschaftlichen Druck“ aus, der so ausgeübt werden solle, daß er „die Wirtschaft des Landes nicht zerstört und zusätzliches Leid der Unterdrückten durch Arbeitsplatzverluste“ verhindert.

Der Hirtenbrief der katholischen Bischöfe, die Harare-Erklärung und viele andere Resolutionen über wirtschaftlichen Druck gegen Südafrika enthalten normative Forderungen. Ob Sanktionen wirklich erfolgreich sein werden, ob dadurch Apartheid tatsächlich abgebaut wird oder die weiße Oligarchie in ihrer Wagenburg noch weiter zusammenrückt, ist schwer zu prognostizieren. Es sieht so aus, als würden die großen Industriestaaten in Kürze aus innenpolitischen Gründen und um die internationale Kritik abzuschwächen Sanktionen verhängen. Ob diese jedoch stark genug sind, Pretoria zu tiefgreifenden Veränderungen zu zwingen, muß dahingestellt bleiben. Die wirtschaftliche, politische und militärische Macht und Überlegenheit der Weißen ist groß und der Durchhaltewillen der Privilegierten, die zugleich ihre Existenzrechte bedroht sehen, nicht zu unterschätzen. Hoffnungen auf schnelle Veränderungen sind wahrscheinlich verfrüht. Es wäre deswegen gut, sich von kurzfristigen Überlegungen zu lösen und sich gedanklich und politisch stärker auf die langfristigen Ziele und Formen einer Post-Apartheid-Gesellschaft zu konzentrieren. Wie die Geschichte lehrt, können sich menschenverachtende Systeme sehr lange halten – aber auch nicht unbegrenzt.

Gerald Braun / Heribert Weiland

Zum Schweigen verurteilt

Die Lage der Kirche in Vietnam

Vietnam hat die ökonomischen Folgen der Indochina-Kriege, des militärischen Engagements in Kambodscha und des Exodus von weit über 1 Million Menschen vorwiegend chinesischer Abstammung bis heute nicht überwunden. Zur Lösung seiner Probleme bedarf es sowohl ausländischer Hilfe wie der vermehrten Bereitschaft seiner Bürger, den Aufbau des Landes zu fördern. Die politische Führung entschloß sich deshalb Mitte 1985, insbesondere im Bereich der Konsumgüterindustrie und des Dienstleistungsgewerbes zu marktwirtschaftlichen Prinzipien zurückzukehren, nachdem die seit 1979 eher halbherzig betriebenen Reformen nicht den gewünschten Erfolg gebracht hatten.

Die jetzige *pragmatischere Linie*, die gelegentlich – überschwenglich – als „neue Revolution“ gepriesen wird, folgt dem Beispiel anderer kommunistischer Staaten wie

etwa China. Die meist in Kooperativen organisierten Bauern können ihre Produkte freier verkaufen, private Dienstleistungsunternehmen dürfen bis zu 10 Personen beschäftigen, und Beamte werden nicht mehr überwiegend in subventionierten Naturalien entlohnt, sondern bekommen ihr Gehalt voll ausbezahlt. Die Staatsbetriebe sind hinsichtlich der Beschäftigungspolitik, Preisgestaltung und Materialbeschaffung weitgehend frei, ja die Provinzregierungen tätigen sogar eigenverantwortlich Auslandsgeschäfte. Selbst die Errichtung von Freihandelszonen ist geplant, in denen sich ausländische Unternehmen längerfristig ansiedeln sollen, ohne eine Verstaatlichung befürchten zu müssen.

Die Maßnahmen erfolgten wesentlich auf Betreiben südvietnamesischer Politiker, die sich mit Unterstützung des Parteichefs Le Duan gegen konservative Kreise um